

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Leipzig, Adolph & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Conflonia: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Beleglohn monatlich 6.00 M., durch die Post 6.50 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M., 1. Jahrgang 90 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Erscheinungstage: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Verlagsort: Dresden, den 29. Oktober 1920.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 4-spaltige Nonpareilzeile 1.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabemöglichkeit. Kurzzeilen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme am vorgeliebten Tagen. Für Briefrücklieferung 30 Pf.

Nr. 252

Dresden, Freitag den 29. Oktober 1920

31. Jahrg.

Der Fluch der Vergangenheit

Man muß es immer wieder betonen, um manche Erscheinungen der Gegenwart zu erklären: Das deutsche Volk ist ein politisch nicht sonderlich begabtes Volk. Eine ungünstige Vergangenheit, Deutschlands zentrale Lage in Europa, die Zusammenverdrängung von unerschöpflichen Ausmaßen ging verheerend über das Land und schraubte es wirtschaftlich und politisch in der Entwicklung um 100 Jahre zurück. Ein siebenjähriger Krieg wirkte wiederum niederwerfend wie eine Woge. Die Napoleonischen Kriege nährten die deutsche Nation, die Napoleonischen Kriege nährten die deutsche Nation, die Napoleonischen Kriege nährten die deutsche Nation...

Naht zurückstreben, nicht ein entlegenes Zeichen politischer Armut, kulturellen Verfalls? In der gestrigen Reichstagsdebatte hat Scheidemann auf die Rückwärtsentwicklung hingewiesen, wie sie sich im Bereiche von Behörden wie der staatlichen Schutzwächtern breit machen. Das der Reichswehrminister Geiler weiches Wachs in den Händen des Herrn von Seekt, und daß dieser Oberkommandierende ein modernisierter Vertreter des preussischen Offiziersgeistes ist, haben wir an überreichen Fällen nachgewiesen. Auch das Ogefschreiben (siehe Sachsen, siehe Oberrhein!) illustriert die geheimen Gedanken der Reaktion zur Genüge. Daß Politiker der ehemals herrschenden Clique an diesem Treiben beteiligt sind, daß sich bürgerliche Parteien nicht mit energischen Erklärungen gegen diese verkappte Bürgerkriegspolitik lehnen, beweist wiederum, daß für Deutschlands Oberhäupter die Geschichte noch immer dazu da ist, um nichts daraus zu lernen.

Was denken sich die Deutschenationalen eigentlich dabei, wenn sie, wie in Hannover, brüllen: „Ein Volk, ein Reich, ein Kaiser! Pfuf! Pfuf! Pfuf! — möchte man fragen. Scheidemann hat mit Recht betont, daß jeder Versuch, das alte Joch der Unfreiheit aufzurichten, den geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse finden wird. Wir glauben gern, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Einsicht von der Sinnlosigkeit reaktionärer Umsturzbestrebungen vorhanden ist. Das Rad der Geschichte läßt sich weder hemmen, noch mit Gewalt rückwärtsdrehen. Durch Ueberumpelung und Ueberraidung kann selbst eine kleine Minderheit eine noch junge Staatsgewalt für einige Tage überrennen, aber die Staatsgewalt zu halten und den Wirtschaftskrisen zu weichen — das ist gegen den Willen der Mehrheit eines politisch erwachten Kulturvolkes heute unmöglich. Denn je. Rapp I. müßte genau so rath enden wie Rapp I. Nur Karren können darum von solchen Abenteuern träumen.

Aber wie die zweijährige Geschichte der deutschen Revolution beweist, gibt es solche Karren. Und ein solcher Karrenstreik kostet uns Gut und Blut und Milliarden. Darum muß die deutsche Arbeiterklasse dauernd auf dem Sprunge stehen, um jeden Anschlag gegen die errungenen Rechte und Freiheiten im Reime zu erledigen. Jede politische Auseinandersetzung muß sie nützen, um den Willen des Volkes zu einem sozialistischen Volksstaat der Zukunft zu weiten, zu stärken, zu festigen. Auch der gegenwärtige sächsische Wahlkampf steht im Zeichen des Kampfes zwischen uns und den bürgerlichen Par-

teien. Rüge jeder das Seine tun, damit der 14. November in Sachsen zur Niederlage der Reaktion und zum Sieg des Sozialismus werde!

Scheidemanns Anklagerede

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Rede, die Genosse Scheidemann am Donnerstag im Reichstag hielt, war in jeder Beziehung das Gegenteil der Anklagerede vom Tage vorher. Hatte die ganze Welt von dieser Anklagerede gehört, daß sie vom Tone der müdeiten Resignation erfüllt gewesen sei, so wird umgekehrt niemand bestreiten, daß Scheidemanns Rede von der stärksten Kampftimmung getragen war. Im Gegensatz zu der Hoffnungslosigkeit der Anklagerede war sie trotz alledem ein Bekenntnis zum Optimismus. Sie zeigte die brennenden Gefahren und schweren Misse unserer Zeit, aber auch die Zuversicht, ihrer schließlich doch Herr werden zu können. Die Rede Scheidemanns war ein Anzeichen dafür, daß die Sozialdemokratische Partei auf die Dauer der bürgerlichen Revolution genötigt nicht die Höhe des Politischen Schwerts werden kann, sondern daß Konflikte von zunehmender Schärfe nicht zu vermeiden sind und schließlich eine Lage entstehen wird, in der sich die bürgerliche Regierung in ihrer heutigen Zusammenfassung nicht mehr halten kann.

Die Anklage Scheidemanns gegen die Regierung ging in der Hauptsache dahin, daß sie der Republik nicht den nötigen Schutz gegen reaktionäre Freibergerien bietet. Der Reichswehrminister Geiler hatte die Hauptlast der Angriffe zu tragen, und wenn er später in seiner Erwiderung die Verdienste des Generals von Seekt und des Offizierskorps an der verfassungsmäßig notwendigen Verjüngung der Reichswehr feierte, so lenkte er damit die Diskussion abwärts auf eine falsche Bahn. Man kann für die Offiziere, die durch die Reichswehrvermehrung überhäuft worden sind, alles menschliche Verständnis haben, aber es ist doch eine erstaunlich falsche Auffassung, wenn man es ihnen als ein besonderes Verdienst anrechnet, wenn sie sich in das Unvermeidliche ohne Widerholung der beim Rapp-Buch verübten Gewaltthatigkeiten fügen. Niemand rechnet es ja auch den Arbeitern als ein besonderes Verdienst an, wenn sie bei notwendig gewordenen Entlassungen die gleiche Disziplin üben. Und außerdem ist es ganz unverständlich, wie die „Tragik des Offizierskorps“ eine Entschuldigung für die reaktionären Umtriebe der entlassenen und im Dienst lebenden Offiziere abgeben soll. Wenn Herr Geiler trotz der vollkommenen Haltlosigkeit seiner Argumentation den demonstrativen Beistand der bürgerlichen Parteien fand, so ist auch das ein Zeichen für die zunehmende Schwäche der Gegenläge.

Der Regierungsvorsitz verhielt sich immer weiter nach rechts, daran ist kein Zweifel. Ungewis ist nur, ob sich die Reaktion mit dieser ihr nächsten Entwicklung begnügen oder ob sie die offensivere Schwäche der Regierung gegen sie eines Tages dazu benutzen wird, um zu Taten zu schreiten. Mit Recht forderte Scheidemann die Arbeiter auf, mit der Einsicht nicht erst zu warten, bis sie durch den Angriff der Reaktion erzwungen wird, sondern sie jetzt schon zu vollziehen, damit sich der Angriff der Reaktion erst gar nicht entwickeln könne. Wir wollen Scheidemanns Mahnung zum Optimismus beherzigen und optimistisch genug sein, zu hoffen, daß sein eindringlicher Appell an die Einsicht auch Abwärts, von einer ganz kleinen Minderheit abgesehen, Gehör finden wird.

Völkerbunds-Hoffnungen

Eigene Drahtmeldung
Paris, 29. Oktober. Echo de Paris meldet aus Brüssel: In der gestrigen Sitzung des Völkerbundes trat eine große Sensation ein. Er sprach von der nächsten Sitzung des Völkerbundes in Genf und erklärte, daß man die Hoffnung hege, daß sich die ganze zivilisierte Welt bald im Völkerbund vereinen werde. Diese Anspielung auf die mögliche Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ist die erste offizielle Äußerung einer politischen Persönlichkeit der Allierten.

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 29. Oktober. Der Hauptauschuss des Reichstages begann heute vormittag bei der Beratung des Reichstages zunächst die Behandlung des Falles Hermes. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, zunächst die Geldangelegenheiten, also die Beschaffung der Autos und Ausstattung der Dienstwohnungen und den Fall Augustin zu behandeln. Von unabhängiger Seite wurde ein Antrag gestellt, einen besonderen Untersuchungsausschuss über die Tätigkeit des Ministers Hermes einzusetzen. Von allen Parteien wurde diesem Antrag widersprochen.

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 29. Oktober. Der Ortsausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für Groß-Hamburg und das Ostfortell der Wta haben sich zu einer Aktion gegen die Feuerung vereinigt. Sie erlassen in der Presse einen Aufruf, in dem sie zu einer Konferenz am 8. November einladen, in der die Frage der Sicherstellung der Ernährung, der Preislenkung und der Bekämpfung des Wuchers besprochen werden soll.

Sodann wurde in die allgemeinen Verhandlungen eingetreten und Reichsjustizminister Dr. Geinze erstattete Bericht über die Untersuchung, die er zusammen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Auftrage des Kabinetts über die Geschäftsführung des Ministers Hermes ange stellt hatte. — In der heutigen Reichstagsdebatte wird zunächst Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons in der Frage der Dieselmotoren des Wort ergreifen. Nach ihm wird als erster Fraktionsredner Herr Stresemann sich mit der Sozialisierungsfrage beschäftigen.

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 29. Oktober. Der Vorwärts meldet aus New-York: 35 Millionen Dollar sind in 18 Monaten als Liebesgaben für Kindererziehung als Hilfe für Anstalten und Einzelbedürftige nach Deutschland gesendet. 35 Millionen Dollar stellen nach dem heutigen Kurswert über 300 Millionen Mark dar. Am 11. November wird das amerikanische Rote Kreuz mit einer neuen Sammlung beginnen, die bis zum Christfest dauern soll und der sich die übrigen Wohlfahrtsorganisationen Amerikas anschließen werden, um in Europa den unter den Nachwehen des Krieges Leidenden Hilfe zu bringen.

Eigene Drahtmeldung
Brüssel, 29. Oktober. Der Völkerbundsrat hat in der Frage des polnisch-litauischen Streitfalles beschlossen, im künftigen Gebiete eine Volksabstimmung vorzunehmen zu lassen. Zur Annahme oder Ablehnung der Vorschläge des Völkerbundsrates wurde den beiden Parteien eine zehnminütige Frist gesetzt. Paris, 29. Oktober. Laut Echo de Paris wird heute zwischen Rumänien, England, Frankreich, Italien und Japan ein Abkommen unterzeichnet, wodurch Bessarabien Rumänien zugesprochen wird.

Die Zusammenbruchrevolution des November hat ihnen die Rechte und Freiheiten gegeben, ohne die ein modernes Kulturvolk nicht bestehen kann. Wir werden lange und zäh an uns zu arbeiten haben, bis uns auf neuem Boden die Männer und Führer erwachen, ohne die auch das freieste Volk der Welt ein Körper ohne Kopf bleibt. Vorläufig können wir nicht sagen, daß Deutschland mit hervorragenden Führern reichlich versehen wäre.

Es könnte uns vom reinen parteipolitischen Standpunkt aus gleich sein, über wieviel oder wiewenig politische Köpfe unsere Gegner verfügen. Wir könnten uns mit dem Gedanken beruhigen, daß uns die Niederbringung der bürgerlichen Klassengesellschaft um so leichter wird, je ärmer es an Männern von politischem Format rechts von uns aussieht. Aber Niveau und Tiefe eines Kampfes und seine erzieherische Kraft sind abhängig von der Ideenkraft aller streitenden Teile, um welche Staatsform dabei es immer gehen mag. Wir müssen festhalten, daß es bei den bürgerlichen Parteien in die eine Punkte geradezu armelig aussieht. Daß die Bourgeoisie dem Junkertum bis in die Weltkriegstage hinein alle politische Leitung und Staatsherrschaft überlassen hatte, daß sie sich damit begnügte, unter dem Schutze des wilhelminischen Militarismus den Tanz ums goldene Kalb zu tanzen, rächt sich an den Oberhäuptern. Deshalb macht der deutsche Parlamentarismus einen so schwunglosen Eindruck, deswegen fehlt selbst dem Weimarer Revolutionsparlament und fehlt auch dem gegenwärtigen Reichstag der Hauch jenes geschichtlich Großen, das heute über die Erde braust.

Wie das Bürgertum der Staatsmänner ermangelt, die den Pulsschlag der Zeit zu fühlen verstehen, so gebriert es ihm an politischen Führern, die wenigstens versuchen, sich mit den Ideen einer neuen Zeit im Großen auseinanderzusetzen. Gewaltig nahm man sich, als die Sozialdemokratie im Zusammenbruchschloß die Verantwortung übernahm, rechts von uns und den Mund voll des Dohmes: „Es fehlten die Staatsmänner, auch fehlen Führer.“ Wir fragen angesichts viermonatiger bürgerlicher Regierung, wie angesichts der neuesten Reichstagsdebatten: Wo bleiben denn da Brüder die Leute, die auch nur fähig wären, ihren bürgerlichen Kollegen, Clemenceau, Lloyd George oder Wilson, die Schulriemen zu lösen? Die Arbeiterklasse steht zu jung auf dem Boden politischer Latenz, so daß man aus ihren Reihen jene Zahl großer Führer fordern könnte, die in dieser Zeit so notwendig und wünschenswert wären Sie werden kommen! Was wir jedoch gegenwärtig am deutschen Bürgertum erleben, ist das politische Dahinsinken einer Klasse, die sich wohl an den Reichthümern der kapitalistischen Entwicklung zu wästen verstand, darüber aber politisches Leben und Bewußtsein vergab. Gleicht dieser Reichstagsdebatte, daß der den lieben Gott anruft, wenn er schon mal über das parlamentarische Maß hinaus will, nicht dem hilflosesten Geis, der je auf einem Dache geistes? Sind die Zielemann und Vergt nicht eher politische Reizende, als politische Führer? Ist die bornierte Art, mit der die ehemaligen Rationalliberalen und Konservativen zum alten Untertanen

SLUB
Wir führen Wissen.